

Für eine Rente, von der man leben kann, wird man wohl auch kämpfen müssen

„Das gesetzliche Rentenalter beträgt 65 Jahre. Das tatsächliche Rentenalter liegt aber bei durchschnittlich 60,2 Jahren. Nur 38 % der über 55jährigen haben einen Job. Mehr als die Hälfte der Betriebe beschäftigen keine Menschen über 50 Jahre.“ So zählte der Referent Wolfgang Peitzsch vom DGB Augsburg die Fakten bei der Veranstaltung „Rente mit 67“ von AK Internationales in der IG Metall und Attac Augsburg auf. Die Veranstaltung fand zwar bereits vor der Sommerpause statt, das zunehmende Alter auch unserer Abonnenten und die Tatsache, dass die Rentenfrage keineswegs nur „die Alten“ betrifft, sondern insbesondere die nun älter werdenden, sind Gründe jetzt den Veranstaltungsbericht abzudrucken.

Renten kürzung geplant

Ab 2012, so der Referent vom DGB, soll die Rente schrittweise auf 67 erhöht werden. Die Folge: „Alle, die zukünftig mit 65 Jahren oder früher in Rente gehen, werden voraussichtlich zusätzlich 7,2 Prozent Abschläge in Kauf nehmen müssen. Schon jetzt fallen vor dem 65. Lebensjahr 3,6 Prozent weniger Rente pro Jahr des vorzeitigen Rentenbeginns an. Faktisch bedeutet das Renten kürzung. Der Rentenzahlbetrag in Westdeutschland liegt heute für einen Durchschnittsverdiener ... bei 950 Euro. Bis zum Jahr 2029 sinkt er auf 750 Euro. Kommen dann noch Abzüge durch die Rente mit 67 dazu, wären es nur noch 700 Euro. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass nur wenige Beschäftigte das Renteneintrittsalter von 65 erreichen ... Das bedeutet zum Beispiel für heute 30- oder 40jährige: Viele werden nach einem langen und harten Arbeitsleben nicht mal 700 Euro bekommen.“

Der DGB fordere dagegen: „Statt das gesetzliche Rentenalter heraufzusetzen, sollte erst das tatsächliche Rentenalter erhöht werden, das bei 60,2 Jahren liegt. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre bedeutet aufgrund der Abschläge eine kaschierte Renten kürzung, ohne dass dadurch die strukturellen Probleme für die Rentenkasse gelöst würden. Es darf nicht sein, dass diejenigen, die wegen fehlender Stellen nicht mehr arbeiten können, mit Rentenabzug bestraft werden.“ Peitzsch: „Das Problem für die Rentenkasse ist nicht, dass es zu wenig Junge gibt. Das Problem ist die Massenarbeitslosigkeit und ein zu geringer Anstieg der Löhne und Gehälter. Wir brauchen mehr anständig bezahlte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.“ Und weiter: „Aber wenn alle länger arbeiten, kann die Rentenkasse saniert werden. Das wollen uns die Regierungspolitiker weismachen. Lassen Sie sich keinen Bären aufbinden! Rente mit 67 bringt höchstens eine Entlastung von fünf Milliarden Euro – das sind gerade mal 0,5 Beitragssatzpunkte.“ Also bedeute die Rente mit 67 weiter hohe Arbeitslosigkeit (weil

vermehrt ältere Arbeitsmenschen in den Jobs blieben, anstatt sie für jüngere frei zu machen), Arbeiten bis zum Umfallen, Rentenkürzung ... Das sind die beschlossenen Vorhaben der Regierungspolitiker. Als guter Sozialdemokrat sieht der vortragende DGB-Funktionär aber noch Hoffnung: Es sei im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass 2012 vor der endgültigen Einführung der neuen Rentenformel die Lage am Rentenmarkt noch einmal überprüft würde.

Privatisierung als Ausweg?

Der zweite Vortrag wurde von Bruno Marcon, Attac Augsburg, gehalten. Sein Thema: Wem nützt eine Privatisierung der Rente? Zunächst: Was verändert eine private Alters-

Fall der Profitrate entgegenzuwirken. Zum anderen, um den weltweiten Konzentrationsprozess durch Ankauf, Übernahme oder Vernichtungsstrategien voranzutreiben.

Beide Maßnahmen haben auf die Beschäftigten die gleiche Auswirkung: Entlassungen und Arbeitslosigkeit.“ Am Beispiel der USA, wo die privatisierten Sozialversicherungssysteme bereits seit langem installiert sind, wurde aufgezeigt, dass die Folgen für die Lohnabhängigen durchweg verheerend, für die aktienmarktorientierten Unternehmen aber positiv sind.

Oder: Ein in den 80er Jahren eingerichteter Pensionsfonds führte in Großbritannien dazu, dass ein Drittel der Rentner mit Einkommen an der Armutsgrenze leben müssen. Die von der EU angestrebte Regulierung der Systeme könne nur der besseren Positionierung dieser Betriebe, Banken, Versicherungen auf dem Weltmarkt dienen.

Rentenverluste aktuell – ein Beispiel aus Augsburg

Das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V. hatte in seinem isw-wirtschaftsinfo 39 im März 07 belegt, dass durch Nullrunden, Pflege- und Krankenkassenbeiträge und allgemeine Teuerungen die RentnerInnen in den Jahren 2003 bis 2007 insgesamt über 8 % Kaufkraftverlust real erlitten haben. „d.h. der Realwert einer kompletten Monatsrente geht pro Jahr verloren.“

Bei der hier beschriebenen Veranstaltung trug ein Augsburger Metallarbeiter seine „Ergebnisse“ der Jahre als Rentner vor:

Nettorente 01.07.2003: € 1.261,45

Nettorente 01.07.2007: € 1.246,80

(bedingt durch Krankenkassenerhöhung und Pflegeversicherungsbeitrag sowie letztmalige Rentenerhöhung 2003).

Hinzu kommt die geänderte Rentenbesteuerung ab 2005 („nachgelagerte Besteuerung“).

Bisher betrug der zu versteuernde Ertragsanteil der Rente 32 %. Nach 2005 wurde er für alle RentnerInnen auf 50% erhöht. Diese 18 % Steuererhöhung macht in seinem Fall € 800,- aus (monatlich € 66,-), anders ausgedrückt: eine Nettorentenkürzung um 5,3 %. – **Insgesamt fehlen also 13,3 % gegenüber 2003!**

sicherung? Zum einen sollen die Arbeitgeberanteile (AG) gesenkt werden. Geschieht das, wird also von den AG weniger eingezahlt, dann verringert sich der Rentenanspruch des Arbeitnehmers (AN). Der AN muss also mehr einzahlen, um denselben Anspruch zu realisieren. Marcon: „Eine Reduktion des AG-Anteils ist tatsächlich eine Lohnkürzung ... (und) erhöht den Gewinn des Unternehmers.“ ... „Alle Varianten der privaten Sicherungen senken den Nettolohn.“

Können nun durch Privatisierung der Renten, also dadurch dass Versicherungen mehr Kapital für ihre Aktiengeschäfte bekommen, Arbeitsplätze geschaffen werden, wie immer wieder behauptet wird? Dazu der Referent: „Eine der größten Lügen des Neoliberalismus ist die, dass frei werdendes Kapital (z.B. durch Steuersenkung oder Entlastung der Sozialsicherungen oder niedrigere Löhne) zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt wird. Im Gegenteil. Frei werdendes Kapital wird einmal zur technologischen Modernisierung eingesetzt, um dem tendenziellen

Aktiv werden!

In der Diskussion wurde von Teilnehmern angemerkt, dass es für viele junge Menschen heute immer schwieriger ist, überhaupt ein rentenversicherungsfähiges Einkommen zu beziehen. Die Finanzierung der Renten müsse auf andere Grundlagen gestellt werden: Alle Arbeitenden – auch Beamte und Selbständige – sollen einzahlen; neue Steuern (z.B. Maschinensteuer) sollen zur Finanzierung herangezogen werden. Bis 2012 abzuwarten scheint weniger erfolgversprechend für eine Änderung der Zustände. Die begonnenen Aktionen der Gewerkschaften in den Betrieben können eher noch verstärkt werden und müssen dann in größerer Öffentlichkeit fortgeführt werden. Da sollten sich dann auch andere gesellschaftliche Gruppen und Bevölkerungsschichten beteiligen. Wie dieser Artikel hoffentlich gezeigt hat, sind die Renten und das, was die Politiker damit vorhaben, keineswegs nur ein Problem für „die Alten“ oder ein paar Gewerkschaftsaktivisten. (WE/jol)